

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhoff 202-295  
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Gesellschaft 9-8 Uhr  
Verleger: Docmüts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhoff 2506-2507

## Vier Todesurteile gegen Fememörder.

### Das Mecklenburger Schwurgericht gegen die völkische Feme.

Schwerin, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In dem völkischen Fememordprozess vor dem Schwurgericht Schwerin wurde nach achttägiger, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung am Dienstagabend 9 Uhr folgendes Urteil gefällt:

Es wurden verurteilt der Maurer Rohon wegen Mordes zum Tode, der Arbeiter Kalla wegen Mordes lichen Ehrenrechte, der Landwirt Liqiza wegen Anstiftung zum Mord und Verleitung zum Meineid zum Tode und 3 Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, der Landwirt Liqiza wegen Anstiftung zum Mord zum Tode, der Verwaltungsamwörter Wagner wegen Beihilfe zum Mord durch Beschaffung von Waffen zu 2 Jahren Gefängnis, der Bäcker Rothoff wegen Meineids zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Vor Begründung des Urteils wurde die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen.

Die Verhandlungen des Schwurgerichts sind unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse geführt worden. Angeblich war die Sicherheit der deutschen Republik bei öffentlicher Verhandlung gefährdet. Es ist infolgedessen nicht leicht, das Urteil politisch zu bewerten. Das kann man wohl sagen, ohne dem Schwurgericht in Mecklenburg-Schwerin nahe zu treten. Wenn hier das Gericht zu vier Todesurteilen kommt, dann wird es seine Gründe gehabt haben. Als seinerzeit der Parthimer Mordprozess dem Staatsgerichtshof überwiesen wurde, schrieb die völkische Presse über absichtliche Beeinträchtigung der Belange der Angeklagten. Man hielt das Mecklenburger

Schwurgericht für zuverlässiger. Vielleicht kann man daraus einen Schluß auf die Schwere des Verbrechens ziehen. Aus dem Urteil geht hervor, daß zwei Arbeiter die Mordtat begangen haben und daß ein Landwirt (1) und ein Oberleutnant (1) die Anstifter gewesen sind. Nach unserer Kenntnis sind diese Todesurteile die ersten, die in Deutschland gegen völkische Feme-Mörder gefällt worden sind. Alle anderen Fememorde sind bisher ungeführt geblieben oder die Täter kamen mit Strafen davon, deren Milde in einem scharfen Kontrast zu der Behandlung kommunistischer Verbrechen gestanden hat. Wenn deshalb dieses eine Mal ein deutsches Gericht sich entschlossen hat, die ganze Strenge des Gesetzes gegen völkische Mörder anzuwenden, so kann dadurch der Eindruck einer bewußten und systematischen Einseitigkeit der Rechtsprechung doch nicht vermieden werden. Der einzige Fall, der als eine Art kommunistischer Fememord in Parallele gestellt werden könnte, ist der Leipziger Tscheta-Prozess. Die Kommunisten unterscheiden sich dadurch von den Völkischen, daß sie zwar den Mund sehr weit aufmachen, im übrigen aber im Grunde ihres Herzens doch sehr friedliche Mitmenschen sind. Auf das völkische Konio aber fallen Dutzende von Morden, die ausnahmslos ungeführt geblieben sind. Vielleicht hat aber dieser Ausgang des Schweriner Prozesses, der in der völkischen Presse selbstverständlich verschwiegen werden wird, wenigstens das Gute, daß die Widerstände gegen die unbedingt notwendige Amnestie sich jetzt leichter überwinden lassen.

## Das verlorene Dominion.

### Englands Indienpolitik.

(Von unserem englischen Korrespondenten.)

E. W. London, 14. Juli.

Wenn die Götter strafen wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Die gegenwärtige Regierung, die mit so überauswichtigen Hoffnungen begrüßt worden war, hat nicht nur außenpolitisch und innerpolitisch Anhänger wie Opposition verärgert, sie hat auch von dem Tage an, da sie mit dem ägyptischen Volk wie mit irgendeinem — wie man heute hinzufügen muß: noch nicht erwachten — Regentum verfuhr und damit die Lage in Ägypten auf eine gefährliche Weise verschlechterte, in den Fragen der Kolonial-, der gesamten „Empire“-Politik eine schlechte Hand gehabt. Die jüngste mit so großer Spannung erwartete Rede Lord Birkenheads im Hause der Lords hat die Geschichte ihres Verfalls um ein neues tragisches Kapitel vermehrt. Lord Birkenhead hat in dieser Rede, die nur zu sehr fühlen ließ, wie unangenehm ihm persönlich die Mäßigung sei, eine Politik des Nichtstuns, des „Weilerwursteins“ proklamiert, die sowohl in eigenen Lager als in den Reihen der Arbeiterpartei auf starke Segne rtschaft gestoßen ist. Die gegenwärtig verfuhrsweise, auf Grund der sogenannten Montague-Chelmsford-Reform von 1919 eingeführte Regierungsform der „Dyarchie“, ein kombiniertes britisch-indisches Regierungssystem, soll weiterhin verfuhrsweise fortgeführt werden, obwohl, wie alle Beobachter übereinstimmend festgestellt haben, diese Regierungsform an den besonderen indischen Verhältnissen verfuhr hat. Der pädagogische Zweck hat sich nicht erfüllt, die britisch-indischen Beziehungen haben die englische Autorität geschwächt und außerdem die Bildung einer verantwortlichen Autorität verhindert. Es ist klar, daß unter diesen Umständen die Politik des Fortwursteins, die durch die jüngste Rede Birkenheads proklamiert worden ist, auf schärfsten Widerspruch gestoßen ist. In den konservativen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Regierung Baldwin damit eine Politik der Schwäche forsetze, die, wie die Erfahrungen mit Irland zeigten, sich schließlich gegen London auswirken müßte. In den Kreisen der Opposition weist man dagegen darauf hin, daß die Mäßigung der Wünsche Indiens selbst unter den veränderten psychologischen Verhältnissen, die heute im fernem Osten herrschen, schließlich und endlich notwendigerweise zu einem Ende mit Schrecken führen müßten. Von verschiedenen Ausgangspunkten aus kommen also Rechte wie Linke zu einer Verurteilung der gegenwärtigen Indienpolitik, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann.

Das aber nicht die Auffassungen der konservativen Gegner einer Politik der Schwäche, sondern die oppositionellen Befürworter einer Politik größerer und vernünftigerer Entgegenkommens gegenüber Indien den Voraussetzungen, die heute in Indien herrschen, näher kommen, das beweist die Kritik, die die Rede Birkenheads von seiten dreier swarajistischen Abgeordneten gefunden hat, die sich gegenwärtig in England aufhalten. Ihr kommt um so größere Bedeutung zu, als sie zweifellos schon jetzt die Wirkungen erkennen läßt, welche die Politik der Regierung Baldwin auf die öffentliche Meinung Indiens ausüben wird.

Die drei Abgeordneten stellen fest, daß Regierungserklärungen, wie die jüngste, nur dazu geeignet sind, die indische Home-rule-Bewegung, wie sie in der swarajistischen Partei politisch zum Ausdruck komme, zu verstärken. Die gegenwärtige Regelung sei deshalb gerade vom Standpunkt Englands so unglücklich, weil sie insbesondere für diejenigen gemäßigten indischen Kreise, die auf eine ehrenhafte Zusammenarbeit mit Großbritannien hinarbeiten und es keineswegs auf einen Bruch um jeden Preis abgesehen haben, keinerlei Ermütigung in ihrer gemäßigten Haltung gewährt.

Aber während man einzelne kleinere Konzessionen in der Provinzialverfassung ganz offenbar ermäge, gebe man gleichzeitig daran, die Rechte der britischen Exekutive zu verstärken, um sich vor eventuellen Gefahren zu schützen, die aus swarajistischen Meheheiten in den Provinzialparlamenten für die englische Herrschaft entstehen könnten. Lord Birkenhead lade die Indier ein, selbst eine Verfassung zu entwerfen, eine Taktik, die in ihrem Unionismus für jedermann durchsichtig sei. „Wir appellieren an unsere Landsleute, diese Herausforderung anzunehmen. Indien muß sich auf ein allen gemeinsames Aktionsprogramm einigen. Das Programm, das wir ohne Verzug in Angriff zu nehmen haben, ist die Eroberung aller parlamentarischen Körperschaften und die Organisation der Arbeiter und Bauern Indiens, deren Ausbeutung die Grundlage der britischen Herrschaft in Indien ist. Dieser Herrschaft der brutalen Gewalt, hinter der keinerlei moralische Berechtigung steht.“

Man sieht, in dieser Proklamation dreier indischer Abgeordneter der mächtigsten indischen nationalen Partei vermengt sich in jener merkwürdigen Mischung, die für alle Freiheitsbewegungen im fernem Osten gegenwärtig charakteristisch ist, die nationale Idee der Befreiung mit einem Tropfen bolschewistischer Dels. Noch ist Indien keine nationale Einheit, noch trennen Religions- und Rassenverschiedenheiten, die alten dynastischen Bindungen, Kasten- und Klassenunterschiede die 250 Millionen des indischen Kontinents. Noch ist ein weiter Weg zur „indischen Nation“. Noch würde ein plötzliches Zurückziehen der britischen Militär- und Zivildomäne aus Indien unendliches Chaos, erbitterten

## Die deutsche Antwort.

### Beratung des Reichskabinetts.

Heute morgen um 11 Uhr hat die erste Beratung des Reichskabinetts über die Antwortnote an Briand begonnen. Die Sitzung dauert noch an.

## Stimmen der Zentrumsarbeiter.

### Gegen den Hochschulzoll. — Gegen den Mietstücker.

Köln, 15. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands waren in Köln versammelt, um zu den Steuer- und Zollfragen Stellung zu nehmen. Die einleitenden Referate hielten die Zentrumsabgeordneten Stegerwald, Boos, Gerhardt, Schlad und Dr. Bräuning. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ am Mittwoch früh berichtet, herrschte über die im Reichstag in Aussicht genommene Regelung der Aufwertungs- und Steuerfrage in der Versammlung keine allgemeine Befriedigung. Uebereinstimmend kam zum Ausdruck, daß bei den geplanten Mietpreiserhöhungen und Hauszinssteigerungen die Mietsteigerungen in nächster Zeit unter keinen Umständen 100 Proz. der Friedensmiete übersteigen dürfen, die Hauszinssteuer müsse in erster Linie dem Wohnungsbau dienen. Das Hauptinteresse der Versammlung war natürlich der Zollvorlage zugewandt. Nach einer gründlichen Aussprache, in der auch viele Arbeiter aus der Fabrik und aus der Werkstatt zu Worte kamen, wurde schließlich eine Entschließung einstimmig angenommen, in der betont wird, daß die Kaufkraft der breiten Volksschichten gegenwärtig so tief gedrückt sei, daß jede vermeintliche Befestigung unter allen Umständen abgelehnt werden müsse. So lange die 70 Proz. Gehalts- und Lohnempfänger in Deutschland so wenig kaufkräftig seien, könnten einzelne Zweige der Wirtschaft nicht zur Gesundung gebracht werden. Wörtlich heißt es in der Entschließung dann weiter:

„Die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft sind noch zu unübersichtlich, als daß Deutschland jetzt schon langfristige Handelsverträge abschließen könnte. Notwendig sind vielmehr für den Augenblick kurzfristige Bestrebungen in Industrie und Landwirtschaft ab. Aufgabe der deutschen Handelsvertragspolitik muß es vielmehr sein, durch entsprechende Zollhöhe die Schutzmannschaft in anderen Ländern, mit denen Deutschland Güteraus-tausch betreibt, abzubauen. Die Vorlage der Reichsregierung ist in einer Reihe von Industrie- und Lebensmittelpositionen für Vertragszölle unannehmbar. In der Übergangszeit, für die die demnächst abzuschließenden Handelsverträge gelten sollen, müssen die Leerläufe und die überflüssigen Zwischen-träger in der deutschen Wirtschaft weitgehend beseitigt und die ungerechtfertigte Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis planmäßig abgebaut werden.“

In dieser Resolution kommt der tiefe Unwille, die die kurzfristige brutale Steuer- und Zollpolitik der schwerindustriellen-großagrarischen Regierung bei den Wählern der bürgerlichen Parteien auslösen muß, drastisch zum Ausdruck. Jedes Wort ist eine Bestätigung der sachlichen Kritik, die die Sozialdemokratie an den Regierungsvorlagen bisher geübt hat. Noch ist die Entscheidung im Reichstag nicht gefaßt, noch hat vor allen Dingen das Zentrum die Möglichkeit, die Argumente seiner Arbeiterwähler noch einmal zu überprüfen, ehe es durch seine Stimmenabgabe im Reichstag die Waagschale zugunsten der deutschnationalen Zerstückelungs-politik abgibt. Beim Zentrum liegt die Entscheidung. Wird es der Stimme der Vermunft folgen?

## Ist der Linksbloß noch zu retten?

### Stimmen republikanischer Wähler.

Paris, 15. Juli. (WIB.) „Cere nouvelle“ beschäftigt sich mit der Frage, ob der Bloß der Linken sein Ende erreicht habe. Das Blatt beantwortet diese Frage mit Nein. Der Bloß der Linken sei nicht erledigt, und wenn gewisse unvorsichtige Leute sein Vorhandensein nicht mehr in Rechnung stellen wollten, dann würden sie bald merken, daß er wohl noch in der Lage sei, ihre kühnsten Hoffnungen zushanden zu machen. Die Wahrheit sei, daß die Verantwortlichen für die Vermittlung vom 12. Juli auf den Bänken der Kaditalen säßen. Diese große Partei sei eine Partei geworden, die keinen Führer und keine Zucht mehr habe. Im Augenblick der kritischsten Debatte habe ein Abgeordneter gegen den Sprecher der Partei Stellung genommen. Der einzige Führer der Partei sei Herrriot. Er dürfe sich nicht länger zurückhalten.

Auch „Quotidien“ beschäftigt sich mit der gleichen Frage und warnt die Regierung vor zu frühzeitigem Triumphieren. Wenn man annehme, daß Ministerpräsident Painlevé in der Regierung der Vertreter einer Partei sei, dann sei das beleidigend für ihn. In einem besonders schwierigen Augenblick habe er aus patriotischem Interesse das Ministerpräsidium übernommen. Er werde es mit der gleichen Würde an dem Tage niederlegen, an dem die Durchführung dieses Amtes ihm mit seinen Ueberzeugungen unvereinbar erscheinen würde. Aber ein weiterer Grund, der zu denken gebe, sei, daß die wahre Kraft des Kartells der Linken nicht im Parlament, sondern im Lande zu suchen sei. Der Nationale Bloß sei mehr oder weniger verantwortlich für die Enttäuschung der Sieger. Frankreich habe sich wiedergesunden, es habe begriffen, daß es Ruhe, Frieden und Wohlfahrt nur mit einer wirklichen demokratischen Regierung finden werde. Es habe seinen Willen am 11. Mai 1924 und am 3. und 10. Mai 1925 zum Ausdruck gebracht. Es werde das in einigen Tagen anläßlich der Kantonalwahlen von neuem tun, und es wäre deshalb eine Torheit, anzunehmen, daß die unmoralische Koalition vom 12. Juli, die sich bei der Abstimmung in der Kammer über die Umsatzsteuer gebildet habe, noch einmal beim Wiederauftritt der Kammer entstehen könnte. Der 12. Juli habe einen reaktionären Sieg gebracht, aber es sei kein entscheidender Sieg gewesen. Er werde zur unmittelbaren Folge haben, daß beim Wiederauftritt der Kammer im Monat Oktober mit mehr Beharrlichkeit und mit mehr Kraft die demokratische Politik durchgeführt werde als seit einem Jahre.

## Coolidge betreibt die China-Konferenz.

Washington, 14. Juli. (WIB.) Das Staatsdepartement ist mit den Signatarmächten des Neunmächtevertrages in Verbindung getreten, um sobald wie möglich in Peking eine Konferenz einzuberufen. Die verlaute, ist Präsident Coolidge der Ansicht, daß die Konferenz die Zollfragen, die Exterritorialität und alle anderen Fragen des Washingtoner Abkommens beraten solle. Es wird erklärt, daß Amerikas bisherige Anstrengungen sich darauf beschränkten, die Teilnahme der neun Signatarstaaten zu sichern. Mit Großbritannien oder Japan habe Amerika noch kein Abkommen über China abgeschlossen.

## Die Ausbeutung geht schamloser denn je wieder ein.

London, 15. Juli. (CP.) Aus Hongkong wird gemeldet, daß ein großer Teil der bisher streikenden Arbeiter sich wieder zur Arbeit zurückgemeldet hat. Viele Arbeitgeber stellen die Streikenden aber erst wieder ein, nachdem diese sich mit niedrigen Löhnen und härteren Arbeitsbedingungen einverstanden erklärt haben. Andere Arbeitgeber lassen die Arbeiter wegen ungerechtfertigten Verlassens der Arbeitsstätten behördlich verfolgen.

Bürgerkrieg und Selbstzerfleischung bedeuten. Darum fordert auch, mit Ausnahme einiger gänzlich auf Agitation gestellter kommunistischer Propagandisten in England, niemand eine plötzliche Übergabe Indiens durch Großbritannien. Was der wenigen Schenkenden fordern, ist hingegen die Anerkennung, daß dieser Prozeß des nationalen Erwachens, der nun einmal im Gange ist, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und die Umstellung der gesamten britischen Indienpolitik auf diesen Tatbestand. Das fordert allerdings ein Maß von Selbstbescheidung und Mäßigung, die selbst den herrschenden Klassen Großbritanniens nicht gegeben zu sein scheint.

Noch ist nach der Meinung dieser guten Kenner indischer Verhältnisse der Weg zu einem „Dominion Indien“, das sich in Freiheit und aus eigenem Entschlusse in den britischen Völkerbund einfügen wird, nicht völlig versperrt. Aber schon morgen mag es zu spät sein. Schon morgen mögen sich die Kräfte bewußt und geschlossen — was heute noch nicht der Fall ist — gegen Großbritannien organisieren. Das bedeutet aber, daß der Augenblick der indischen Einigkeit auch zugleich das Ende der britisch-indischen Zusammengehörigkeit sein würde. Nach Vordringen der Nationalen in Indien ist es allerdings kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß auch in Großbritannien die große Aufgabeneinzelne Geschlechte von Politikern gefunden hat und daß der politische Instinkt, der dies ungeheure Gebilde des britischen Empire aufgebaut und durch die schwersten Stürme hindurch aufrechterhalten hat, verflümmert ist. Es fehlt an der Erkenntnis der Situation sowohl als an Mut zu Entschlüssen.

## Australien und Wallstreet.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns:

Die Meldung, daß die Regierung des britischen Dominions Australien hat in New York wegen einer Hundert-Millionen-Dollar-Anleihe verhandelt, diese Meldung ist auf dem Kontinent so gut wie unbemerkt geblieben. Dennoch verdient sie große Aufmerksamkeit. Nicht um ihrer selbst, sondern wegen der symptomatischen Bedeutung, welche ihr zukommt. Bisher haben sowohl die Zentralregierung Australiens als auch die Regierungen der einzelnen Staaten der Londoner City als den natürlichen Platz für die Aufnahme einer Anleihe betrachtet. Mit einer auf dem amerikanischen Geldmarkt platzieren australischen Anleihe wird nicht nur eine alte Tradition durchbrochen, es kommt darin nicht nur die Tatsache zum Ausdruck, daß New York immer mehr und mehr zum finanziellen Zentrum der Welt geworden ist, sondern ist vor allem ein Ausdruck jenes mehr oder minder unsichtbar sich vollziehenden, voraussichtlich erst in Jahrzehnten vollendeten „Zerfallsprozesses“ des britischen Empire. Nicht nur in Ägypten, Indien und den Kolonien sind Kräfte am Werke, dem stolzen Bau des Empire zu sprengen, auch in den Dominions vollziehen sich Entwicklungen, die den Charakter selbst unbewußt und von ihnen selbst ungewollt auf eine Lockerung des Zusammenhanges mit London hinauslaufen.

## Rund um Stresemann.

Verwirrung und Intrigue. — Die außenpolitische Debatte. — Rücktrittsgerüchte und Nachfolgersuche.

In der Regierungskoalition wird ein heftiger, unaufhörlicher Intriguenkampf um den Reichsaußenminister geführt. Man hat sich die Wahlen an die Oberfläche. Die Intriguenwirtschaft des kaiserlichen Regimes scheint wieder anzukommen. Von Führung ist heute so wenig die Rede wie damals.

Das Gegeneinanderarbeiten zeitigt Verwirrung und Gerüchte. Gestern wurde berichtet, es habe einen Zusammenstoß im Kabinett wegen der deutschen Antwort gegeben. Heute sind worden teils die „Germania“, das Organ einer Regie-

rungspartei mit, Herr Stresemann und Herr Schiele hätten eine bewegte Aussprache gehabt. Andere Zeitungen wußten, das Vermittlungsamt von Herrn Luther hätte versagt, Herr Geßler habe nicht vermitteln wollen und Herrn Brauns sei es nicht gelungen. Heute mittag wieder hieß es, das Kabinett habe die Frage der deutschen Antwort nicht erörtert. Verwirrung und Gerüchte.

Aus irgendeinem Grunde zückt Herr Stresemann wieder der Revolver der Auseinandersetzung im Plenum des Reichstags. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, daß die außenpolitische Debatte am Dienstag und Mittwoch der kommenden Woche stattfinden werde.

Der unterirdische Kampf rund um Stresemann hat also die Oberfläche der politischen Gewässer in einige Bewegung veretzt. Trotzdem versucht die „Kölnische Zeitung“ nach außen die Einmütigkeit der Regierungskoalition zu betonen. Sie schreibt:

„Was den angeblichen Kampf gegen den Reichsminister des Auswärtigen angeht, so wird er, wie bekannt, von einigen rechtsradikalen Ultras mit mehr Geschrei als Verantwortungsbewußtsein geführt. Die Deutschnationale Partei hat verschiedentlich erklärt, daß sie diesem Kampfersteht. Man kann bei aller Zurückhaltung im Wohlwollen für die Deutschnationalen ihnen doch nicht die Torheit zutrauen, daß sie auf der einen Seite durch Herrn Hergt erklären lassen, sie wollten noch auf Jahre in diesem Kabinett bleiben, um den Wiederaufbau Deutschlands einzuleiten, auf der anderen Seite aber darauf ausgehen, einen Minister zu stürzen, der im Nebenamt Parteiführer einer wichtigen Regierungspartei ist. Die Deutschnationalen wissen ebensogut wie die „Kölnische Zeitung“, daß auch nach einem Rücktritt des derzeitigen Ministers des Auswärtigen die Kandidatur eines Deutschnationalen für den Posten des Ministers des Auswärtigen schon aus außenpolitischen Rücksichten beim Zentrum und der Deutschen Volkspartei keine Spur von Gegenliebe finden würde.“

Man muß diese Mahnung an die Deutschnationalen als eine Bestätigung der Gerüchte hinnehmen, daß die Deutschnationalen Herrn Stresemann beiseite rufen wollen, um Herrn Schiele als Kollegen für das Ressort des Auswärtigen einen fünften Deutschnationalen, etwa Herrn Rosenberg, zur Seite zu stellen.

## Ultra-Linkes.

Vom kommunistischen Parteitag.

Die Geisteslosigkeit und Langeweile des kommunistischen Parteitages ist kein Zufall. Thesen und Resolutionen werden lang und länger, es wird „analysiert“, „konkretisiert“, „Synthesen gezogen“, „Perspektiven vifert“, „Abweichungen festgelegt“. Ihre historische Genesis kritisch beleuchtet, „Plattformen ausgearbeitet“, die auf zehn Parteitag beschlossenen jeweils neuesten Taktiken miteinander verglichen und das ganze Rüstzeug leninistischer Geschlossenheit und scholastischer Forschungsreue angewandt, um die richtige, einzig wahre bolschewistische Erleuchtung schließlich zustande zu bringen. Die arme, bedauernswerte „Linie der KPD“, die so oft verdrängt und vergerät war, wird endlich — auf wie lange — gerade gezogen. Je mehr die KPD. aufhört, ein politischer Faktor zu sein, desto mehr vergräbt sie sich in die immerparteiliche Erörterung rechter, linker und mittlerer Abweichungen. Der Vertreter der Exekutive, der bedauernswerte „Schwäher“, der schon so oft den peinlichen Auftrug hatte, in Deutschland eine „neue Linie“ festzusetzen, gesteht selber, daß die Moskauer Größen bis vor kurzem die Perspektive falsch vifert hatten:

„Unmittelbar bis zur letzten erweiterten Exekutive trägt unsere Perspektive der revolutionären Bewegung auch nur einen kontinental-europäischen Charakter. Aber schon im März wird auf der erweiterten Exekutive die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit anderer Entwicklungswege der Revolution anerkannt.“

Schon im März! Sehr gut! „Schon im März“ erkannten die Herren in Moskau, daß all ihr Geschwätz über die deutsche Revolution Blödsinn gewesen ist. Und „schon im März“ beschlossen sie, offenbar unter dem Eindruck ihrer eigenen katastroph-

len Unzulänglichkeit, der Sozialdemokratie neue „ehrliche“ Ratschläge zu erteilen:

„Überall wird der Bankrott der Sozialdemokratie immer offensichtlicher.“

Der Bankrott besteht natürlich darin, daß die Sozialdemokratie schon vor dem März die Perspektive ein wenig anders „vifert“ hätte, als die schwächenden und Resolutionsverfassenden Oberstrategen der Moskauer Exekutive. Berehrter Herr G... wenn Sie schon endlich begriffen haben, daß Ihre Perspektive bis zum März in all den Jahren, in denen Sie die deutschen Arbeiter aufgeputzt haben, verfehrt gewesen ist, läten Sie dann nicht besser, endlich in sich zu gehen und anstatt andern, die richtiger als Sie gesehen haben, Ratschläge zu erteilen, selber den einzig wahren Ratschlag zu befolgen, der Ihnen schon einmal erteilt ist: „Deutschen Arbeitern nie mehr unter die Augen zu treten.“

## Neue Verwandte.

„Rote Fahne“ und „Deutsche Tageszeitung“.

Von dem Genossen Karl Bauer wird uns geschrieben: „Nachdem die „Rote Fahne“ ihren „Arrium“ in der Verwechslung von Gustav und Karl Bauer eingesehen hat, mußte sie nun noch berichtigen, daß ich tatsächlich nicht zweimal von verschiedenen Dienststellen Gehalt bezogen habe. Sie hängt der Berichtigung allerdings wieder einen Schwanz an. Jeder anständige Mensch wird mit nicht abnehmen, daß ich nach diesen Vorgängen nunmehr auf die neuesten Anrempelungen nicht mehr eingehe. Sie findet aber wie gewöhnlich einen treuen Kameraden in der „Deutschen Zeitung“, welche die „Enthüllungen“ der „Roten Fahne“ ihren Lesern unterbreitet. Sie knüpft daran die Frage, welches Verwandtschaftsverhältnis zwischen den Coburg und den Bauers besteht. Ich bin in der Lage, Ihre Neugierde zu befriedigen. Es ist weder Albert Kohn mit Julius Kohn, Gustav Bauer und Karl Bauer, noch Julius Kohn mit Gustav und Karl Bauer, noch Gustav mit Karl Bauer irgendwie verwandt. Das Verwandtschaftsverhältnis zwischen „Rote Fahne“ und „Deutsche Zeitung“ scheint mir dagegen ein engeres zu sein.

Sie fragt dann weiter an, ob das fürstliche Gehalt von 16 000 Mark erblich wäre und ob alle proletarischen Krankenkassendirektoren solche Riesensummen beziehen. Die „Rote Fahne“ hatte bereits behauptet, daß die sozialdemokratische Führerkasse diese Gehälter festsetzt hat. Sie übersieht dabei, daß dem Vorstande der Kasse zu einem Drittel Arbeitgeber und Vertreter der christlichen Gewerkschaften mit angehören. Ich bemerke hierzu — und das müßte eigentlich ein Redakteur der „Roten Fahne“ wissen —, daß die Gehälter der Angestellten der Krankenkassen von den Oberaufsichtungsämtern festgesetzt werden. Wichtig ist allein, daß die Direktoren ein Einkommen von 16 000 M. beziehen — allerdings in circa 2 Jahren.“

## Preußen und Polnischer Korridor.

Erweiterung der Schnelldampferlinie Swinemünde-Billau

Das preussische Ministerium hat dem Staatsrat einen Bescheid über die Bereitstellung von Mitteln für die Schnell-dampferlinie Swinemünde-Billau überwiesen. Die Erweiterung der Schnell-dampferlinie geschieht aus der Notwendigkeit heraus, eine Verbindung mit der Provinz Ostpreußen auch für den Fall zu schaffen, daß die Verkehrsverhältnisse durch den polnischen Korridor beeinträchtigt oder ganz verhindert wird. Hierzu ist der Bau von zwei neuen Schiffen notwendig, die so leistungsfähig sein müssen, daß sie im Fall der Behinderung der Verbindung durch den Korridor eine tägliche Verbindung mit Ostpreußen im Anschluß an die fahrplanmäßigen Züge gewährleisten.

Deutsch-türkischer Wirtschaftsvertrag. Die Anfang dieses Monats in Angora eingeleiteten deutsch-türkischen Verhandlungen über die Wiederherstellung der gegenseitigen Reisefreiheit haben zu einer Verständigung geführt. Die deutsche sowohl wie die türkische Regierung haben insoweit ihre Vollmachten angewiesen, die Erzeugnisse des anderen Landes bei der Einfuhr mit Wirkung vom 10. Juli 1925 ab wieder reisefreigibt zu behandeln.

## Jüngste Arbeiterdichtung.

Es würde ein Unrecht sein, das im Arbeiterjugend-Berlag erschienenen Büchlein „Jüngste Arbeiterdichtung“ mit ein paar Stellen abzutun. So würde man weder den jungen Arbeiterdichtern gerecht, noch Karl Bröger, der die etwa 60 Gedichte aus mehr als 1200 ihm zugesandten Gedichten auswählte und das Büchlein mit einer liebevollen Einleitung verfaß. Die ihm zugesandten Gedichte legten sich wieder aus einer kleinen Auswahl der jungen Dichter selbst zusammen.

Off ist Unbeholfenes in den Gedichten, aber gerade das macht einem manchen der jungen Arbeiter erst lieb. Das mühsame Suchen nach Ausdruck, das Ringen mit der Form ist manchmal von einer rührenden Primordialität, bis man plötzlich auf einige Zeilen stößt die von einer starken inneren Gestaltung zeugen.

Die Zeiten sind vorbei, wo das Bürgertum geführt war, daß aus den Tiefen der Arbeiterschaft künstlerische Kräfte ans Licht trügen, an die man freilich ein mehr als bescheidenes Maß anlegte. Es war ein Gemisch von Sentimentalität, Hochmut und Erstunen, ähnlich der Entdeckung eines früheren Jahrhunderts, daß die Sklaven auch Seele und Gefühl besaßen. Es sei daran erinnert, welches Aufsehen vor Jahrzehnten die verdienstvollen Schriften von Epenstein „Aus der Tiefe“ hervorriefen, in denen Arbeiter zu Worte kamen. Doch die Arbeiterdichtung blieb kein Kuriosum, über das man als literarisch belanglos und menschlich rührend hinweggehen konnte, so wurde zu einer literarischen Großmacht.

Zwar hat auch die neuere Arbeiterdichtung die gegebenen Formen übernommen, — nur hier und da machen sich Ansätze zu einem eigenen Ausdruck bemerkbar, — aber sie hat die alten Schläuche mit neuem Wein gefüllt. Nicht mehr gefühlvolle Elendabklärung, nicht mehr nachgereimte Liebe und Trübsal, ein Schmelzen in Rollen und Rollen, sondern sie singt trotz ihrer eigenen Schicksal. Die Geschichte der Arbeiterbewegung mit ihrem Auf und Ab zittert in ihrer Dichtung wieder und hier ist vor allem deutlich zu merken, wie ungeheuer stark das Selbstbewußtsein und das Kraftgefühl der Arbeiter gewachsen ist. Das Dröhnen der Hämmer wird für sie zum wichtigsten Schicksalsgefängnis.

So finden wir in dem Büchlein nicht nur den revolutionären Aufbruch, nicht nur das Brausen der Maschinen, sondern auch zarte Lyrik und hymnische Bewegtheit, das Ringen mit dem Gottproblem, das Streben, sich mit der eigenen Klasse, der ganzen Menschheit, mit Erde und Sternennächten zu vernehmen. Es zeigt sich hier, wie sehr der junge Arbeiter mit den Zeitproblemen ringt und wie ihm, eine Einzahlungsunmöglichkeit seiner dichterischen Kraft vorausgesetzt, Sehnsucht und Kampf seiner Klasse eine Gefühlswelt öffnen, die über eine größere Stala verfügt als die ihm überkommene Dichtung. So erklärt es sich, daß trotz manchmal mangelnder sprachlicher Gewandtheit die meisten Gedichte lebendig und erfüllt sind.

Doch wir finden in dem Buch auch Gedichte von einer dichterischen Kraft und Schönheit, die als Kunstwerk an sich bestehen. Es sind einige Namen, die man sich merken muß. Der philosophische E. Frehe, der hymnische Karl Albrecht, die pathetische Walter Schenl und Walter G. Nitzsche, die beschwingten Dichter Ernst Kertow

und Otto Paulus, die Lyriker Johannes Büttner und Thacapl. Wie stark sind zum Beispiel Verse von Frehe in seinem Gott-Abgesang.

Früher einmal,  
da war wohl ein Klang  
um deine Stirn,  
und als du lebst noch  
ein Lied in dir  
vom Traume anderen Lebens.  
Gottliche Dome  
wehten kühne Seligkeit,  
Spühbogen wallten hoch  
zu dir,  
und die Kreuzdorne  
sang das Ave  
der Mutter Maria.

Und wie einfach und schlicht Johannes Büttner in einem Nachtgedicht:

Wir fühlten, daß in diesem Frieden  
ein neuer Gott sich uns gebar,  
und als aus uns die Nacht geschieden,  
fiel uns ein Silberstern ins Haar.

Interessant ist es, wie sich so die Jugendwunderungen im starken Raturleben, in mystischen Schauern und Gelübnissen zur Gemeinschaft widerspiegeln und wie sehr bei den Dichtern der Klang ihrer Landschaft mitschwingt. Das Werkchen ist geteilt in zwei Abschnitte „Kampf und Glaube“ und „Gefühle und Bilder“. Im zweiten Abschnitt befinden sich mehr starke Gedichte als im ersten, was etwas nachdrücklich stimmt. Der harte Rhythmus der Industrie ist im „Kampf und Glaube“ nicht genügend eingefangen.

Es ist schade, daß auf den letzten Seiten weder Alter noch Tätigkeit der verschiedenen Dichter und sei es nur in zwei Zeilen, angegeben sind. Für den Psychologen sowohl wie den Beobachter werdender Talente wäre so eine bessere Möglichkeit der Einfühlung gegeben worden. Vielleicht wird in einer baldigen Neuauflage diese Anregung Wirklichkeit.

Bruno Schöniant.

## Oper am Königsplatz: „Polenblut“.

Zur stichtischen Freude aller Hörer löste „Polenblut“ den „Stern von Assuan“ ab. Diese flotte, zündende, feingearbeitete Operette, durch die polnische Krasiwinski und Wiener Walzer sanfteste Melodien ziehen, dieses lustspielhafte, auch nach zwölf Jahren noch frische Werk des Musikanten K e d b a l t ist in Berlin oft gesehen worden. Es schlägt immer wieder ein. Die Erziehung des strengen Gutsheeren durch seine Wirtschaftlerin, die eigentlich eine Gutstochter ist, macht allen Spaß, die sich selber eine solche Zähmung der Widerpenstigen wünschen. Und das sind wohl die meisten einsichtigen Menschen. In die Länge konnte Kapellmeister Gutmann etwas mehr Polenblut fließen lassen. Sonst ist die Aufführung ausgezeichnet. Die Hauptrollen wie früher besetzt: mit dem sehr überlegenen und frei spielenden Paor Dimiti Belych und Paul Harden (beide überaus wichtig von innen her), dem schönen Tenor Deutsch-Haupt und dem schönen Tempertament der Marion Brenken.

R. S.

Amerikanisches Institut für Lebensverlängerung. In der Gesellschaft der Ärzte in Budapest berichtete Dr. Bajda über eine neue amerikanische Einrichtung. Die New Yorker Lebensverlängerungsgesellschaften haben im Jahre 1914 ein Institut zu dem Zweck gegründet, daß sich jeder Versicherte, wenn er auch keine Krankheitserscheinungen zeigt, einmal im Jahr untersuchen läßt. Später hat man die Versicherten, die aus Nachlässigkeit oder aus anderen Gründen nicht kamen, durch Geldprämien zur Untersuchung angeregt. Das modern eingerichtete Institut arbeitet mit fünfzigtausend Ärzten, welche die Besucher auf das genaueste untersuchen, aber nicht behandeln und den Patienten keine ärztlichen Ratschläge erteilen. In Krankheitsfällen wird der behandelnde Arzt des Kranken verständigt. Nach der nunmehr vorliegenden zehnjährigen Statistik waren nur 3 Proz. der Untersuchten vollständig gesund und 95 Proz. wußten nichts von ihren Gebrechen. Das Resultat dieser großen ärztlichen Arbeit war, daß die Sterblichkeit der Versicherten um 14,3 Proz. sank, welcher Umstand an und für sich außerordentlich erfreulich ist und daneben den Versicherungsunternehmen enorme materielle Vorteile bietet. Ermutigt durch dieses Beispiel lassen größere amerikanische Fabriken und sonstige Unternehmungen alle ihre Angestellten einmal im Jahre durch das Institut für Lebensverlängerung untersuchen, damit jedem Angestellten eine Arbeitsteilung zukomme, die seinen körperlichen Fähigkeiten entspricht.

Russolini als Magiater. Russolini, der als Klopffechter der Eigentumsfremder Karriere gemacht hat, nimmt es mit dem literarischen Reim und Vers nicht genauer als seine Faschisten mit dem Metermaß. Das ist jüngst in einer Polonaise zutage getreten, die der Diktator unbedacht vom Zaune gebrochen hat. Russolini äußerte sich nämlich geringschätzig über den freiheitlichen Politiker und Philosophen Benedetto Croce. „Ich bin glücklich, sagen zu können, daß ich nie auch nur eine Zeile von Croce gelesen habe“, versicherte er. Croce ist dem Diktator die Antwort nicht schuldig geblieben. Er schreibt: „Ich habe jede Zeile von Mussolini gelesen: seine Hymne auf die Gewalt, die er bei der letzten Sansstagung rezitierte, hat er aus den Schriften von Sorel stibelt, die ich überfetzt und mit einer Vorrede versehen habe, ferner hat er die Ideen aus einem Artikel über Manson gestohlen, die auch Goethes und Verbis Ansichten behandelt: Mussolinis Ergeuß ist eine exakte Wiedergabe meines kritischen Berichtes. Es ist besser, feindliche Auffassungen zu kennen, als — vorzugeben, nichts von ihnen zu wissen!“ Ein Oppositionsblatt sagt bei, daß Mussolini sogar das Schwärzwort, das den „Marsch auf Rom“ auslöste, gestohlen habe — und zwar von Verlaque.

Licht-Strahlen im Burgenland. Die Gemeinde Raibing im österreichischen Burgenland hat zu Ehren ihres großen Sohnes Franz Witz eine Licht-Beleuchtung an seinem Geburtshaus anbringen lassen, die am 28. Juni eingeweiht wurde. Die Gesellschaft der Lichterwende in Wien hat eine Licht-Beleuchtung gewidmet. Ferner ist in der Licht-Beleuchtung eine Orgel aufgestellt und ein illustriertes Licht-Buch herausgegeben worden; eine Licht-Beleuchtung soll der Förderung musikalischer Talente im Burgenland dienen. Eine Maschinen-Beleuchtung. Eine Wäscheluna, die zum Wäscheln den Reiz der Eigenart hat, ist für den Herbst in Amerika geplant. Die „Wäscheluna-Beleuchtung“, wie sie heißen soll, wird Wäschinen, Wäscheluna, in Verbindung mit Gemälden, Zeichnungen, Skulpturen, Konstruktionen und Erfindungen moderner Künstler zeigen. Man will denken, daß heute Ingenieure und Künstler zu einer gleichartigen Entwicklung gelangt sind.

## Maschinen.

### Sie interessieren die Regierungsparteien nicht.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages begann am Mittwoch die Besprechung des Kapitels „Maschinen“. Das ist ein buntes Konglomerat. Alles, was man unter dem Begriff Maschinen rangieren kann, gehört dazu: Schreib- und Sprechmaschinen, Dampf- und Werkzeugmaschinen, Maschinen für die Textilindustrie, für den Bergbau, für die Landwirtschaft usw. Allgemein ist es auf, daß heute vorwiegend die prominenten agrarischen Vertreter fehlen. Weder Herr Thomsen noch Herr Richter waren erschienen. Nicht einmal Herr Horlacher ist bei der Beratung einer so wichtigen Position wie landwirtschaftliche Maschinen, Pflüge und andere Bodenbearbeitungsmaschinen anwesend. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, als wolle man die Verantwortung für die Befassung der Landwirtschaft den sogenannten kleinen Winklern überlassen, die auch später treu und redlich für die von der Regierung vorgesehenen Schutzmaßnahmen stimmen. Wahrscheinlicher aber wird sein, daß die agrarischen Führer in irgend einem Saal des Reichstages sich um einen Ausweg aus dem Joldburcheinander bemühten. Bis jetzt ist das schließlich erwartete Kompromiß noch nicht zustande gekommen. Die Meinungen über Mindestzölle und geltende Zölle stehen sich noch verhältnismäßig schroff gegenüber. Die Lösung muß aber bald gefunden werden, da binnen kurzem so oder so der Komplex der Agrarzölle zur Verhandlung kommen muß.

Bei den feinmechanischen Maschinen fragte Genosse Fleißner, aus welchem Grunde die Vorlage den Vorkriegszoll von 60 M. auf 120 M. erhöht hat. Er brachte Beweise vor, die erkennen lassen, daß sich selbst die Unternehmerorganisationen gegen diesen Zoll wehren. Auch der Gewerkschaftsring, wahrhaftig keine sozialdemokratische Gründung, hat sich neuerdings mit aller Entschiedenheit gegen das Hochschutzzollvorhaben gewendet. Genosse Dymann unterstrich auf Grund einzelner Unterlagen die Ausführungen des Genossen Fleißner, indem er aus der Statistik den Nachweis erbrachte, daß die Einfuhr fremder Erzeugnisse dieser Art sehr gering ist und daß auf Grund der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie eine Steigerung nicht erwartet werden kann. Genosse Schumann wandte sich gegen den Zoll auf Schreibmaschinen, bei welcher Position seit 1914 eine ganz außerordentliche Steigerung der Einfuhr festzustellen war und fragte die Regierung, mit welchem Recht man z. B. bei Sponographen eine Erhöhung des Zolls von 60 M. auf 240 M. vorgenommen habe. Sehr drücklich müsse die Befassung werden bei Nähmaschinen, einen Artikel, der doch zum täglichen Bedarf der großen Volksmassen gerechnet werden muß.

Am Bergbau haben wir gegenwärtig eine Wirtschaftskrise von nie geahnter Ausdehnung. Nach der Ansicht der Sachleute ist das teilweise zurückzuführen auf die technische Rückständigkeit, in der sich der deutsche Bergbau gegenüber dem englischen z. B. befindet. Das hat seine Ursache in der Hauptfache darin, wie Genosse Hulsmann feststellte, daß der deutsche Bergbau noch lange nicht in dem notwendigen Maße die Steinbohr- und Schrägloch-Maschinen verwendet, wie es die ausländische Konkurrenz seit langer Zeit tut. Durch die jetzt vorgesehenen Zollerhöhungen werden aber gerade diese Maschinen in einer Art und Weise verteuert, daß der technische Regenerationsprozeß im Bergbau erneut gehemmt wird.

Genosse Braun wendet sich entschieden gegen die Zölle auf Arten von Triebmaschinen. Er wies besonders darauf hin, daß die deutsche Maschinenindustrie anerkannter Weise der der ganzen übrigen Welt bedeutend überlegen sei. Maßnahmen, wie sie die Regierung vorschlägt, bedeuten nichts anderes, als daß die propagandistische Wirkung der deutschen Qualitätsarbeit durch sich selbst nach hinten beschritten wird.

Genosse Anhalt stellte fest, daß die Zölle auf alle Arten von Maschinen für die Textilindustrie eine gefährliche, weil unnötige Befassung dieses Industriezweiges darstellen.

Von der Regierung wurde geantwortet, daß bei Textilmaschinen bei den Verhandlungen mit der Schweiz diese Frage eine große Rolle gespielt habe. Belgien sei diesmal mit geringeren Wünschen gekommen, Holland und die Tschechoslowakei hätten besonders bei Milchströmungsmaschinen Entgegenkommen gefordert. In einer zusammenfassenden Bemerkung stellte im Anschluß an die Ausführungen des Regierungsvertreters Genosse Dymann fest, daß es sich bei der deutschen Maschinenindustrie um einen tiefen wirtschaftlichen Komplex handele, wo deshalb Verantwortlichkeitsgefühl in erster Linie von jedem einzelnen aufgebracht werden müsse.

Im deutschen Maschinenbau sind gegenwärtig 800 000 Menschen beschäftigt.

In der Vorkriegszeit betrug die Einfuhr 15 Prozent der deutschen Einfuhr. Im Jahre 1922 war die Einfuhr auf nur noch 2 Prozent gefallen. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung dieses gewaltigen Industriezweiges beweist, daß er durchaus iudicatus sei und daß namentlich die Befassung durch Zölle und Gehälter eine wesentliche Verbesserung gegen früher erfahren habe. Die Gesamtwirkung der Zölle gerade bei diesem Artikel sei deshalb wesentlich anders zu beurteilen, als es früher der Fall war, insbesondere spiele jetzt das soziale Moment eine viel größere Rolle als bei früheren Zollverhandlungen. Der Zollwille der deutschen Regierung und der Industriebewegung sei der Ausdruck einer kurzfristigen Wirtschaftsbetrachtung für die in einer Zeit der Vorbereitung zu weltumspannenden Wirtschaftsorganisationen sein Platz mehr sei.

Das Resultat der Abstimmung war das übliche: Die Verbesserungsvorschläge der Oppositionen wurden niedergestimmt.

Die landwirtschaftlichen Vertreter stimmten ausdrücklich für die Einführung von Zöllen auf landwirtschaftliche Maschinen.

Sie boten dadurch die Hand zur Verleuerung der landwirtschaftlichen Produkte, in der Hoffnung, daß die Industriebesitzer als Gegenleistung bereit sein werden, der großen Noth des arbeitenden Volkes das tägliche Brot zu verteuern.

Der Ausschuss begann dann mit der Beratung der Gruppe Elektrotechnik. Bei Schluß der Redaktion gingen die Verhandlungen weiter.

## Wie steht es in Marokko?

### Widerspruchsvolle Nachrichten.

Wie uns ein eigener Drahtbericht aus Paris meldet, sind auch dort Meldungen verbreitet, wonach Fez durch die Rabalen bedroht sei. Diese Meldungen sind bisher nicht demontiert worden.

Dem steht allerdings eine Rede entgegen, die Marshall B. G. unter gestern anlässlich des französischen Nationalparlamentes in Rabat hielt und in der er u. a. sagte: „Wir haben Tage engerer Bauernruhigung durchlebt, aber heute sind wir sicher, nicht nur, daß wir es ausschalten werden, sondern daß wir die Herren der Lage bleiben. Was die endgültige Sicherheit in Marokko und das französische Protektorat betrifft, so können Sie vertrauen haben. Das Schicksal liegt hinter uns.“

Wie der Genfer Korrespondent der „Nö. Stg.“ auf Grund der Mitteilungen dort eingetroffener deutscher Fremdenlegationäre, die aus der spanischen Legion desertiert sind, meldet, beträgt die Zahl der noch kämpfenden Deutschen nur 200 von ursprünglich 2000. Es seien 800 bis 900 bereits gefallen, der Rest werde vernichtet oder sei in Gefangenschaft der Rabalen geraten. Es wird hinzugefügt, daß infolge des Abflusses eines spanisch-französischen Marokkoabkommens deutsche Deserteure nicht mehr durch das französische Gebiet durchgelassen werden.

Gestern sind die spanischen Fliegerstaffeln nach Marokko abgeflogen.

## Der englische Autobus.

Er ist nicht in den Dienst gestellt worden, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen oder gewissermaßen als Probekandidat, nein, die Abgabe hat ihn erworben als Demonstrationsgegenstand. Immer wieder behaupteten nämlich böse Jünglinge, daß die Berliner Autobusse weniger als Nichts seien verglichen mit den Londoner. Die deutschen Wagen wären zu eng gebaut, man stände sich ständig auf den Hüftern.

Man, man, man ist nicht gerade besser in dem Londoner Wagen, dafür steht man um so schlechter, er ist nämlich noch enger als der Berliner, was beinahe unwahrscheinlich wirkt. Auf dem Hinterrücken drängen sich die Menschen beängstigend, denn die Treppe zum Dach ist breiter und zeigt nicht die absolute Höhentendenz, durch die sich die Treppen der Berliner Wagen wohlthätig auszeichnen. Ueberhaupt ist der Londoner Wagen für Leute, die leicht schwindlig werden, eingerichtet; enge Drahtgitter an der Treppe und auf dem Dach

## Sommer-Waldfest der Jungsozialisten

Sonntag, den 26. Juli 1925, in der Nähe von Oranienburg. U. a. wird Georg Büchners Lustspiel „Lonce und Lena“ aufgeführt. Die Teilnehmer treffen sich um 9 Uhr vorm. oder Nachmittags um 2 Uhr nachm. am Bahnhof Oranienburg. Zur Deckung der Unkosten wird ein Festbeitrag von 0,30 Mark erhoben.

Karten im Vorverkauf bei der Buchhandlung Dietz oder im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3

geben ängstlichen Gemütern eine gewisse Sicherheit, das Auge findet einen Beruhigungspunkt.

Außerdem ist das Verdeck des Wagens überdacht, was nicht gerade zu seiner Schönheit beiträgt; sicherlich für das regnerische London eine segensreiche Einrichtung, in Berlin wirkt sie überflüssiger. Liebe Erinnerungen werden wach. So ähnlich sah einmal die Wagen der Vorkriegszeit aus, damals, als man noch sein Testament vor jeder Eisenbahnfahrt machte.

Immerhin hat sich der Londoner Autobus in den drei Tagen seiner Tätigkeit glanzvoll bewährt. Er ist bis jetzt noch nicht umgefallen oder hat sich an den anderen Privatvergnügungen der Autobusse wie an Zusammenstößen mit Straßenbahnen oder an ähnlichen Dingen beteiligt, er verrichtet sein Amt mit korrekter Sicherheit.

## Die schwarzrotgoldene Schulfahne.

Bei verschiedenen Gelegenheiten, die eine Beflaggung der Dienstgebäude von Reichs-, Staats- und Stadtbehörden erwarten lassen, ist es in Berlin unangenehm aufgefallen, daß besonders an vielen Schulhäusern die schwarzrotgoldene Fahne der deutschen Republik wehte. Man konnte da die Behauptung hören, daß diese Schulen noch nicht im Besitz der republikanischen Fahne seien und daß wegen Mangel an Geld bisher keine Anschaffung einer solchen möglich gewesen sei. In Großbeeren, das nicht zu Berlin gehört, ist vor kurzem versucht worden, dem Mangel einer republikanischen Schulfahne abzuhelfen. Dem Schulvorstand wurde ein Antrag vorgelegt, der für die Schule die Anschaffung einer schwarzrotgoldenen Fahne forderte. Mit der Mehrheit, die den Antrag ablehnte, stimmte der Schulverbandsvorsitzende Dr. Grohe, der im Dienst der Berliner Stadtkämmerer G. m. b. H. steht, und ein Rektor Müller. Der Herr Rektor führte zur Begründung seiner ablehnenden Haltung an, daß die schwarzrotgoldene Fahne in Groß-Beeren böses Blut machen würde. Soll vielleicht die schwarzrotgoldene Fahne der deutschen Republik zur „Partei-fahne“ gestempelt werden? Hat vor der Revolution ein Schulzucker gesagt, ob eine schwarzweißrote Fahne „böses Blut machen“ könnte? In Großbeeren, wo die Mehrheit der Bevölkerung republikanisch ist, hat die Ablehnung der republikanischen Fahne „böses Blut gemacht“! Man ist in den republikanischen Kreisen entrüstet über die Haltung der Herren Dr. Grohe und Müller. Um dem Herrn Rektor die Möglichkeit zu bieten, seinen Fehler wieder gut zu machen, erbot sich ein paar republikanische Mitglieder des Schulverbandes, aus eigenen Mitteln eine republikanische Schulfahne anzuschaffen. Sie stellten das dem Schulverbandsvorsitzenden schriftlich mit und bemerkten dabei, daß sie, wenn auf dieses Angebot nicht innerhalb drei Tagen geantwortet würde, annehmen müßten, das Geschenk sei nicht erwünscht. Dr. Grohe ließ diese Frist hingehen, ohne daß er eine Antwort gab. Ob er sich inzwischen beonnen und doch noch geantwortet hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn am 11. August, dem Tage der Verfassungsfeste, in Großbeeren das Schulhaus wieder den Schmutz einer schwarzrotgoldenen Fahne vernichten läßt, werden die Republikaner des Ortes wissen, daß es um Geldmangel geht nicht mehr liegt. Es würde dann Aufgabe der staatlichen Schulaufsichtsbehörde sein, einzugreifen und den verantwortlichen Personen die nötige Belehrung zuteil werden zu lassen.

## Zum Leichensund im Grunewald.

Au dem Leichensund im Grunewald erfahren wir, daß die Persönlichkeit des Toten noch nicht festgestellt ist. Die Leiche lag unweit des Turnplatzes des Gauverbands Brandenburg in einer Schänke, die mit Strohbedeckt eingezäunt ist, unter drei Kiefern. Der Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch untersuchte die Leiche im Schauhaus und stellte eine Schußverletzung an der rechten Schläfe fest. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes liegt allem Anschein nach jedoch ein Selbstmord vor. Der Tote mag wohl schon drei Wochen oder auch noch länger an der Fundstelle gelegen haben. Die Wasse und vielleicht auch die Wristische und die Uhr des Mannes hat wohl einer jener Leute entwendet, die zur Sommerzeit sich im Grunewald herumtreiben und auch im Grünen zu schlafen pflegen. Rüttelungen zur weiteren Klärung an Kriminalkommissar Singer im Zimmer 88a des Polizeipräsidiums.

## Raubüberfall auf eine Matierelehrerin.

Ein froher Raubüberfall wurde gestern auf eine Matierelehrerin verübt. Ein junger Bursche meldete sich gegen 4 1/2 Uhr bei der Matierelehrerin Margarethe Leibach in der Behrter Straße 48. Er bat, daß ihm die Lehrerin Matiereunterricht erteile. Diese öffnete ihm daraufhin und ließ ihn eintreten. In der Wohnung wurde über das Honorar verhandelt und dann legte ihm die Lehrerin einen Kontrakt zur Unterschrift vor. Angeblich war dem Jungen Burschen das Honorar zu hoch; er wollte deshalb zunächst noch mit seiner Mutter sprechen. Die beiden hatten sich während der Verhandlung gesetzt und jetzt von ihren Stühlen erhoben. Diesen Augenblick benutzte er dazu, der Lehrerin mit der Faust auf den Kopf zu schlagen, sie am Hals zu packen und zu Boden zu werfen. Die Lehrerin lehnte sich jedoch heftig zu Wehr, rief um Hilfe und bis dem Burschen stark in den Finger. Durch den Schmerz ließ der Fäuker von seinem Opfer ab, das diesen Augenblick benutzte, um aus der Wohnung zu flüchten. Der Räuber ließ sich gleichfalls davon, wurde jedoch von Hausbewohnern, die auf die Hilfe riefen der Überfallenen herbeigelaufen waren, sofort verfolgt. Es gelang ihnen auch, den Burschen an der Ecke der Heide-

und Berleberger Straße zu ergreifen und der Polizei zu übergeben. Er wurde festgesetzt als ein 22 Jahre alter aus Warschau gebürtiger arbeitsloser Franz Fransekai, der sich wohnungslos in Berlin umhertreibt. Bei ihm fand man noch eine mit sechs Patronen geladene Pistole.

## Der Fall Angerstein.

### Ein Nachwort.

Der Prozeß hat enttäuscht. Der großen Spannung ist keine erfüllende Entspannung gefolgt. Nur ermattende Reaktion. Von Anfang bis zum Ende hat man mit erwartender Neugierde der kommenden Dinge geharrt — die Lösung des Rätsels ist ausgeblieben. Vielleicht wäre sie auch unter günstigeren Prozeßbedingungen selbst dem forschenden Auge der Psychologen verborgen geblieben. Doch dann hätte man sich eben gesagt: der menschlichen Kunst ist es nun einmal nicht gegeben, in die tiefsten Tiefen dieses Menschen vorzudringen. Das Gericht hat aber, statt den Versuch zu machen, den Gordiosknoten zu lösen, ihn einfach durchhauen. Die Vorwürfe wird ihm nicht erpart bleiben können. Es war unsäglich, selbst an die Lösung des Rätsels heranzutreten. Es war ihm auch gar nicht darum zu tun, die Lösung zu finden. Es galt ihm nur, der prozeduralen Form zu genügen und einigermaßen Material zur Rechtfertigung seiner vorgefaßten Meinung heranzuschaffen; diese lautete aber: für die Taten voll verantwortlich, achtjähriger Mord.

Unter den vielen Gründen gab es auch den, zur Arbeit im Falle Angerstein zu gelangen. Der Massenmord Angersteins bildet jenen Glied in der Kette der Massenmorde der letzten Zeit. Die eindeutigen Verbrechen weisen folgende Reihenfolge auf: Haarmann, Angerstein, Dente. Wer wollte behaupten, daß diese Häufung von Massenmorden eine rein zufällige war. Die Verbrechen dieser Menschen laufen auf eine gemeinsame Quelle zusammen — sie heißt Kriegsergebnis — geschlechtlich sanktionierten Massenmorden. Diese Konstatierung genügt aber nicht. Dieser Gerichtsverhandlung hätte die individual-psychologische Frage zu lösen: Weshalb hat dieses Erlebnis gerade in diesem Menschen zu solchen grauenhaften Auswüchsen des Massenmordens geführt? Man müßte dieses erfahren, um vorwegende Maßnahmen ergreifen zu können. Gleiche Verhältnisse schaffen gleiche Erscheinungen. Verbrechen wirken wie Infektionskrankheiten. Haarmann und Angerstein, die am Leben geblieben sind, sind fest in geringerem Maße Rätsel geblieben als Dente, der sich das Leben genommen hat. Die Prozesse Haarmann und Angerstein haben aber einen bedenklichen Tiefstand unserer Justizverhältnisse offenbart. Psychologische Betrachtungsweise ist für die meisten unserer Richter und Staatsanwälte etwas absolut Unfassbares. Sie waren einfach diesen Verbrechen nicht gewachsen. In den Lehrbüchern und Rechtsgerichtsentscheidungen waren sie nicht vorgesehen. Ebenfalls gemachsen waren diesen Kriminalfällen Verteidiger und Sachverständige. Allerdings weder Angerstein noch Haarmann verfügten über die erforderliche klingende Münze.

Der Prozeß hat enttäuscht. Er hat nicht mal dem formalen Recht Genüge getan, geschweige denn der inneren psychologischen Wahrheit.

Gnadengesuch für Angerstein. Die Verteidiger des zum Tode verurteilten achtfachen Mörders Angerstein wollen für den Verurteilten ein Gnadengesuch einbringen, obgleich Angerstein erklärt hat, daß er selbst es ausdrücklich verbietet, das Gesuch in seinem Namen abzugeben.

## Die Friedrich-Ebert-Straße.

Wie wir erfahren, wird die Umbenennung der Budapestter und Sommerstraße in Friedrich-Ebert-Straße noch Ende dieser Woche erfolgen. Der Polizeipräsident hat bereits vor einigen Tagen die Genehmigung des Kabinetts mitgeteilt, und das Bezirksamt Mitte hat die Arbeiten für schnelle Umänderung der Straßenschilder übernommen. Die neuen Straßenschilder sind bereits in Arbeit und die ersten von ihnen werden am Sonnabend angebracht werden.

Die Gerichtsferien haben mit dem heutigen Tage ihren Anfang genommen und dauern wie alljährlich, vom 15. Juli bis zum 15. September.

Selbstmord aus Furcht vor Strafe. Der 16jährige Gymnasialschüler Kurt Grömmner, Erzgeringerstraße 21a, vergiftete sich mit Leuchtgas aus Furcht vor Strafe, weil er 10 Mark verloren hatte. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Internationales Sportfest im Stadion. Im Rahmen der Festwoche des Reichsverbandes deutscher Radfahrer findet am Sonntag, den 19. Juli, im Deutschen Stadion ein großes internationales Propaganda-Sportfest statt. Auf dem Programm stehen ein internationales Radrennen der Extra-Klasse, drei Motorradrennen für die verschiedenen Klassen, Schiumm-Weiterkämpfe, u. a. Weltausküllungs-Spiel und ein Fußball-Kugab-Spielkampf zwischen dem Deutschen Meister und S. G. Preußen. Folgende Länder werden vertreten sein: Frankreich (Loupes, Sionnes), Italien (Ferrato, Toffi), Belgien (v. d. Bock, de Bunte), Schweiz (Kühl), Desterreich (Kersch) und Dänemark (Jensen). Auch eine amerikanische Mannschaft wird an den interessanten Kämpfen teilnehmen.

## Der Typhus in Solingen und Anklam.

### Holierung der Seuchenherde.

Der Bericht des Referenten des Gesundheitsamtes im Wohlfahrtsministerium, Geheimrat Benz, wird stündlich erwartet. Nach den neuesten Informationen, die wir von behördlicher Stelle in Anklam erhalten haben, ist es leicht möglich, daß die angegebene Zahl der Erkrankungen zu hoch nominiert ist. Man rechnet damit, daß eine Anzahl Typhusverdächtiger nicht registriert worden sind und sich als harmlosere Fälle herausstellen. Von einer Ausbreitung der Seuche über die beiden Epidemieherde hinaus kann vorerst wenigstens keine Rede sein. Der Solinger Seuchenherd scheint dank der energischen Abwehrmaßnahmen einwandfrei isoliert. Das hiesige Dezernat für Gesundheitswesen, das dem Wohlfahrtsministerium untersteht, hat, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, einen Hygieniker (Bakteriologen) nach Solingen entsandt, der umfangreiche Untersuchungen und Erhebungen anstellen wird. Es ist ein fliegendes Laboratorium in Solingen eingerichtet worden, das an Ort und Stelle umfangreiche bakteriologische Analysen vornehmen wird. Trotzdem man vermutet, daß die Epidemie auf Anklam durch infektiöse ungekochte Milch zurückzuführen ist, steht das Ergebnis noch nicht einwandfrei fest. Klarheit können erst die Untersuchungen des Bakteriologen erbringen. Jedenfalls liegt bis zur Stunde ein Grund zu größerer Beforgnis noch nicht vor, da die Epidemie durchaus lokalen Charakter aufweisen. Nach dem Vorliegen der Situationsberichte aus Anklam wie aus Solingen dürfen die zuständigen Stellen der Deffentlichkeit genaueres Material unterbreiten.

Leberer will erschossen und nicht gehängt werden. Wie erinnerlich, war vor kurzen der Gendarmenoberleutnant Leberer in Budapest wegen eines Mordes zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Leberer hatte gegen das Urteil keine Berufung eingelegt, so daß es rechtskräftig geworden ist. Nunmehr hat der Verteidiger Leberers ein Gnadengesuch überreicht und darin gebeten, das Urteil nicht durch den Strang, sondern mit Rücksicht auf die Verdienste Leberers im Weltkrieg durch Erschießen zu vollziehen. Eine Entscheidung über dieses Gesuch ist bisher nicht erfolgt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Wölg. Am Sonntag, den 19. Juli, Anbei ein Aufruf nach dem Gertha-See. 22. Wölg. Am Sonntag, den 19. Juli, Anbei ein Aufruf nach dem Gertha-See. 23. Wölg. Am Sonntag, den 19. Juli, Anbei ein Aufruf nach dem Gertha-See.

# Der Kampf in den Gas- und Wasserwerken.

Eingreifen des Vorstandes.

Am wenigstens möglich den drohenden Ausbruch eines Streiks auf den städtischen Werken zu verhindern, hat der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sich veranlaßt gesehen, selbst einzutreten. Heute vormittag begannen in Gegenwart des 1. Bevollmächtigten von Berlin Verhandlungen zwischen dem Verbandsvorstand und der Direktion der Gas- und Wasserwerke. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird der Verlauf der weiteren Ereignisse wesentlich abhängen.

## Ueber die Rohstandsarbeiten

wurde gestern nachmittag im Polizeipräsidium zwischen den Vertretern der Arbeitnehmerorganisation, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und Vertretern der Werkleitung verhandelt. Es wurde vereinbart, die Rohstandsarbeiten nach Maßgabe des im Jahre 1923 zwischen dem Oberbürgermeister und den Berliner Gewerkschaften abgeschlossenen Abkommens über die Ausführung der Rohstandsarbeiten im Falle eines Gas- und Wasserstreiks auszuführen. Nach diesem Abkommen haben die Arbeitnehmer in den Gaswerken dafür zu sorgen, daß ein Mindestdruck von 15 Millimeter in den Gasleitungsröhren vorhanden sei, und daß die Behälter, falls der Gasdruck nachläßt, wieder aufgefüllt werden. Auch ist dafür zu sorgen, daß die Kessel und Rotoren unter Feuer bleiben, so daß den Werken durch den Ausfall kein Schaden entsteht, und sich nicht etwa in den Gasleitungsröhren infolge Eindringens von Luft Knallgas bildet. Ferner muß die Versorgung der Krankenanstalten mit Wasser sichergestellt werden. Die Organisationsvertreter erklärten sich bereit, für die Ausführung dieser Rohstandsarbeiten durch die Arbeiter Sorge zu tragen.

## Zur Reform der Arbeitsgerichte.

Das Reichskabinett wird in den nächsten Tagen — wahrscheinlich kommenden Freitag oder Sonnabend — zu dem Gesetzentwurf über die Neuregelung der Arbeitsgerichte Stellung nehmen. Das Reichsarbeitsministerium drängt auf eine rasche Entscheidung des Gesetzentwurfs. Das wird nur möglich sein, wenn der Entwurf keine Auslieferung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte bringt. Das wäre ein vollständiger Bruch mit der bisherigen Gesetzgebung. Gegenüber einer Verkettung der Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten schon in der ersten Instanz gibt es bei der Arbeiterschaft kein Nachgeben; sie hat auch für eine solche Verkettung in der zweiten und dritten Instanz nichts übrig, aber damit könnte sie sich vielleicht zur Not noch abfinden. Die Bindung an das Reichsgericht in Leipzig wäre jedenfalls unpraktisch und lästig.

Wenn die Verstaatlichung die Auslieferung der Arbeitsgerichte an die Justiz bedeutet, dann wäre es besser, der Entwurf würde sofort in der Beratung verschwinden und es bliebe alles beim alten. Dann tausendmal lieber kommunale Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Wenn auch der Deutsche Städtetag fordert, daß die Arbeitsgerichte den Gemeinden aus finanziellen Gründen abgenommen werden. Diese finanzielle Belastung erscheint übrigens nach der Denkschrift des Berliner Magistrats nicht so erheblich zu sein; aber wie dem auch sein mag, die Grundforderung, von der die Arbeiterschaft nicht abgehen wird, lautet: Keine Auslieferung der Arbeitsgerichte an die Justiz.

## Ehen vor der Öffentlichkeit.

In der Reichsbahnverwaltung.

Uns wird geschrieben:

Die Reichsbahndirektion Berlin gibt im Amtsblatt „Städ 65“ unter „Nr. 814“ ihren Beamten einen Ruffel, weil diese den Vertretern der Presse oder sonstigen Auskunftsuchenden Mitteilung über dienstliche Angelegenheiten zwecks Veröffentlichung in der Tagespresse machen. Nach Ansicht der Direktion — soll heißen Reichsbahnverwaltung — dienen derartige Mitteilungen resp. Veröffentlichungen nicht den Interessen der Verwaltung, sondern schädigen das Ansehen, weil die Besprechung in der Öffentlichkeit „verwirrt oder unerwünscht“ war. In Zukunft soll nur der zuständige Pressedirektor als Vermittler mit der Pressestelle in Frage kommen.

Wo nun ist es heraus. Die Reichsbahnverwaltung hat in der Öffentlichkeit adgewirtschaftet. Sachliche und zutreffende Informationen durch Beamte sind unerwünscht, weil diese Beamten die Wahrheit sagten.

Glaubt die Verwaltung, daß sie die unhaltbaren Zustände im Verkehrswesen sowohl wie auf dem Gebiete der Gehalts- und Lohnpolitik auf diese Weise der Öffentlichkeit vorenthalten kann? Oder ist sie mit dem rigorosen und unsozial durchgeführten großen Abbau und der finanziellen Einsparung (8 Proz. der Beamten und 32 Proz. der Arbeiter) ins Hintertreffen gekommen durch die teilweise Entblößung einer ungeheuren Zahl verkehrswichtiger Dienststellen? Es handelt sich bei diesen regellosen Durchführungen nur um die Einsparung von 250 Millionen Mark zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen des ersten Jahres.

Wären die nach amerikanischen Muster geschaffenen Verwaltungs- und Betriebsstellungen technisch und organisatorisch sich als ein Fehlschlag erwiesen haben, daß macht nichts; es wurde eben gewissenhaft, koste es was es wolle. Die Entwürfe der Gewerkschaften oder Betriebsvertretungen, erst einmal die örtlichen technischen Vorbedingungen zu schaffen, wurden nicht berücksichtigt, ganz abgesehen von den unhaltbaren Zuständen auf hygienischem Gebiete in den Meisterhöfen einzelner Ausbesserungswerke Berlins. Nun das Kind in den Brunnen gefallen ist, wo eine ungeheure Zahl von Handvertern, Arbeitern und auch Beamten dies Eldorado suchend verlassen, nun soll der Brunnen zugedeckt werden.

Nun erst recht nicht. Die Eisenbahnarbeiter und Beamten haben die Pflicht, sämtliche unholdbaren Zustände ihren Gewerkschaften oder dem damit beauftragten Personenteils zuzuleiten, damit die Deffenlichkeit mehr als bisher erfährt, wie eine kleine Klique von Juristen, Räten und Direktoren in unserer lebenswichtigsten Betriebe schaltet und waltet.

## Generalversammlung der Bauarbeiter.

Am Dienstag abend tagte im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung der Berliner Bauarbeiter, in der Drügemüller über die allgemeine Streiklage berichtete.

Er brachte zuerst zum Ausdruck, daß in Anbetracht dessen, daß die Bauunternehmer im ganzen Reich zum Gegenangriff übergehen, auch der Bundesvorstand zu außerordentlichen Kampfmaßnahmen greifen muß. Nach einer regen Debatte über die Art dieser Maßnahmen begründete Scheibel als Vertreter des Hauptvorstandes die Stellungnahme des letzteren zu dieser Frage. Danach ging Drügemüller auf die besonderen Umstände ein, die sich dadurch ergeben haben, daß leider zuviel Organisationen an der Bewegung beteiligt sind und dadurch eine einheitliche Kampfführung erschwert ist. Um diesen Zustand zu beseitigen, beschloß die Versammlung gegen wenige Stimmen, die Streikleitung zu ermächtigen, mit den Streikleitungen der am bisherigen Vertrage beteiligten Organisationen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die für die erfolgreiche Beendigung des schweren Kampfes notwendig sind.

Dann legte der Redner noch einmal alle Gründe dar, die für ein Weiterarbeiten der „Bauhütte“ sprechen. Trotz dem Beschlusse der letzten Generalversammlung, die Bauhütte weiterarbeiten zu lassen, haben sich doch Kollegen einer bestimmten Richtung dazu hinreißten lassen, tödlich gegen ihre Arbeitskollegen der Bauhütte vorzugehen. Es ist ein Skandal, daß diese Elemente sich nicht scheuen, einen 72 Jahre alten Kollegen, der in der Bauhütte beschäftigt ist, derart zu schlagen, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Es ist natürlich unter diesen Umständen nicht möglich, die Arbeiten auf diesen Baustellen fortzuführen, ohne Leben und Gesundheit der dort Beschäftigten zu gefährden. Die Generalversammlung stimmte der Auffassung Drügemüllers zu, daß es überflüssig sei, eine erneute Abstimmung darüber vorzunehmen, ob die Bauhütte weiterarbeiten solle oder nicht.

Darüber dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Ueber die beschämende Handlungsweise derer, die gegen die eigenen Kollegen, die auf Grund eines Beschlusses ihrer Organisation arbeiten, gewalttätig vorgehen, erübrigt sich jedes Wort. Wahrscheinlich wissen sie nicht, daß sie damit die Geschäfte der Bauunternehmer besorgen.

Auf das Verhalten der „Roten Fronte“ wird nach dem Streik noch näher eingegangen werden müssen. Diesen Blatt mag es gleichgültig sein, ob die Bauarbeiter noch Wochen und Monate im Kampfe verharren müssen. Die Streikenden werden aber gut tun, heute schon daran zu denken, wie die Situation in sechs Wochen sein wird.

## Die Metallarbeiterdelegierten zum Gewerkschaftskongress.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband zum Gewerkschaftskongress am Sonntag haben im ganzen Reiche eine gründliche Niederlage der Kommunisten ergeben. Die bis jetzt fast vollständig vorliegenden Meldungen über den Ausfall der Wahlen sind für Moskau geradezu vernichtend und eröffnen für die Zukunft der deutschen kommunistischen Partei keine hoffnungreichen Perspektiven. Ueberall wurden aus den ehemaligen Reichslisten hoffnungslose Minderheiten, so daß die kommunistischen Gewerkschaftsjerker auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress fast überhaupt nicht oder nur in einer ganz geringen Anzahl antworten dürfen. Diese Entwicklung im Metallarbeiterverband ist ebenfalls ein neuer Beweis für die fortschreitende Konsolidierung innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie zeigt, daß die Sozialdemokratie marschiert, während die KPD auf der ganzen Linie im Rückzug begriffen ist.

## Keine Einigung im englischen Bergbau.

London, 15. Juli. (CP.) Der Kongress der Grubenarbeiter in Scarborough hat gestern beschlossen, die Unterhandlungen erst wieder aufzunehmen, wenn die Arbeitgeber die Kündigung des Lohnabkommens zurückgezogen und beschließen hätten, ihre Lohnregelungsansprüche abzuändern. Dieser Beschluß wurde vom Sekretär der Grubenarbeitergewerkschaften Coak dem Präsidenten des Grubenbesitzerbundes Williams telegraphisch mitgeteilt. Williams hat noch im Verlaufe der Nacht geantwortet, daß die Grubenbesitzer die Kündigung des Lohnabkommens nicht zurücknehmen könnten, daß sie aber bereit seien, mit den Arbeitern weiter zu verhandeln. Der Vollzugsausschuß der Grubenarbeitergewerkschaften wird heute über die Antwort beraten.

London, 14. Juli. (II.) Der von der Regierung aufgestellte Untersuchungsausschuß setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender ist H. P. Mac Millan, ein führender schottischer Jurist, Beisitzer sind Sir John Stamp, Mitglied des Dames-Komitees, und W. Sherwood, der als ein bekannter Arbeiterführer bezeichnet wird. Der Untersuchungsausschuß ist ohne Befragen der streikenden Parteien eingeleitet worden und völlig unabhängig. Man erwartet, daß er seine Untersuchung in voller Deffenlichkeit führen wird. Sein Spruch hat keinerlei Verbindlichkeiten; er kann nur Empfehlungen machen. In dem Untersuchungsausschuß sind nicht die Vertreter der streikenden Parteien, sondern nur unabhängige Vertreter ernannt worden.

Wengewerkschaft, Jagdgruppe Stad- und Gipsen. Donnerstag mittig 1 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, großer Saal, eine Mitgliederversammlung statt, an der jeder Gruppe der Jagdgruppe teilzunehmen hat. Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Zutritt. Die Gruppenleitung.

# Wirtschaft

## Der Niedergang des Genossenschaftswesens in Italien.

Vor dem Krieg konnte sich Italien rühmen, eine bewundernswürdige Organisation des Genossenschaftswesens zu besitzen. Nicht nur die Konsumgenossenschaften, auch die Arbeits- und Produktionsgenossenschaften hatten einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. In der Landwirtschaft und im Baugewerbe sowie in allen Industrien, die keine großen Kapitalinvestitionen beanspruchten, vollbrachten Verbände von Arbeitern auf diese friedliche und gesetzmäßige Weise ein Werk der Befreiung, und schufen aus Lohnangelegten freie Produzenten.

Das Kapital der italienischen Genossenschaften betrug annähernd zwei Milliarden Lire. Dank den Genossenschaften wurden weite, von der Malaria verseuchte Gebiete oasaniert und der Produktion gewonnen. Ein großer Teil der öffentlichen Arbeiten wurde von ihnen ausgeführt.

Die Bedeutung dieser Organisationen wurde von den früheren Regierungen anerkannt, daß ein besonderes Kreditinstitut für die Genossenschaften gegründet und der größte Teil des 250 Millionen Lire betragenden Kapitals vom Staate beigestellt wurde.

Die Zerstörung des Faschismus hat auch die Genossenschaften nicht verschont. Von konturrenzneidigen Geschäftsleuten aufgebeht und besoldet, steckten die faschistischen Verbände in ganz Italien tausende von Konsumgenossenschaften in Brand und verursachten einen Schaden, der in Hunderte von Millionen ging. Gleichzeitig wurden zahlreiche Arbeits- und Produktionsgenossenschaften mit Gewalt beseitigt und ihnen, entgegen dem Willen der Genossenschaftler, faschistische Leiter aufgedrängt, an Stelle der alten Leiter, deren Tüchtigkeit und technische Gewandtheit in langen Jahren erprobt war.

Das genossenschaftliche Kreditinstitut war natürlich ein besonderer Zielpunkt der faschistischen Regierden. Es wurde zum Direktor der Adolfo Terruzzi bestellt, dessen einziges Verdienst war, der Bande anzugehören. Dieser Herr ist übrigens jetzt in Ungnade gefallen und aus der Partei wie aus der Institutsdirektion ausgestoßen worden.

Bei dieser Gelegenheit kam ans Tageslicht, in welcher ver zweifelt Lage sich die Genossenschaftsbewegung in Italien befindet: Die Leiter, die der Faschismus den Genossenschaften aufzwang, haben mit ihrer anmaßenden Unfähigkeit den durch die Brandlegungen und Minderungen der Aktionsfähigkeit eingeleiteten Ruin vollendet. Jetzt ist der allgemeine Bankrott da. Die „Tribuna“, ein faschistenfreundliches und dennoch unerbötliches Organ, verzeichnet sehr bittere Kommentare von Sachverständigen. Es genüge, einen Blick auf die zwei letzten Jahresbilanzen des Kreditinstituts zu werfen, um eine erschreckende Abnahme des Portefeuilles und ein ebenso erschreckendes Anschwellen der notleidenden Posten zu bekommen. Andernteils zeigte sich eine augenfällige Verschlechterung in der Lage der italienischen Genossenschaften. Jeder Tag bringe neue Bankrottanzeigen oder Liquidationen von Konjunkten und Genossenschaftsverbänden. Nicht nur, daß das Institut demnach fortwährend Verluste erleide, vermindere sich auch die Zahl der Kunden von Tag zu Tag. Unglücklicherweise sei der Staat an den 250 Millionen des Stammkapitals mit 230 Millionen beteiligt, während der Rest auf die Banken als Gegenwert des Portefeuilles entfalle, und so werde der größte Teil der Verluste, wenn nicht gar alle, auf den Staat zurückfallen...

So kann der Faschismus zu seinen vielen Verdiensten auch den verzeichnen, eine großartige wirtschaftliche Organisation zugrunde gerichtet und zwei Milliarden der ihr gehörenden Güter zerstört, dem Staat aber einen Verlust von 230 Millionen und mehr verursacht zu haben. D. C. C.

Günstige Entwicklung der Sparkassen. Die erfreuliche Entwicklung der Einlagenbestände im Spar- und bankmäßigen Sparkassensparen hat auch im Monat Mai weitere Fortschritte gemacht. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, haben sich die Spareinlagen im Berichtsmontat um weitere 60,89 Millionen R.-Mk. d. h. um 8,9 Proz. gehoben und damit seit Jahresbeginn um 357,4 Millionen R.-Mk. oder um 83,2 Proz. erhöht. Wesentlich ist, daß der absolute Zuwachs, d. h. der Ueberchuß der Reueinlagen über die Rückzahlungen, im Mai etwas, nämlich um 0,695 Millionen R.-Mk. oder um 0,12 Proz. größer gewesen ist als im April.

Beamtenschaft für Berlin: Victor Schiff; Wirtschaft: Walter Ceterant; Gewerkschaftsbewegung: H. Steiner; Hausarbeit: Dr. John Schimanski; Soziales und Politisches: Fritz Baumbach; Funktionen: Th. Glöde; Journalistik in Berlin: Berlin: Hermann-Berger & Co., Berlin, Druck: Hermann-Berger & Co., Berlin; Besondere: Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angehört dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
— Fernsprecher: Norden 1198 —  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4 — Tel. Potsdam 9831  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

**A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule**  
(Inh. F. Eggert)  
Neukölln, Am Oelberg, Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 92 (Privatwohnung)  
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-Lehrpläne — Fernspr.: Neukölln 1063

**Ad. Zimmermann**  
Fernruf 83 Steglitz Fernruf 83  
Lindenstraße 40 und am Wannenseebf.  
Fahrräder · Kinderwagen  
Ersatzteile · Reparaturen

**SAISON**

# us- im Schuh-Lokal

Münzstr. 25 // Kolbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54

7.-27. Juli

**Für Damen:**

Damen-Hausschuhe entzückender Dirndlstoff . . . . . 85 Pf

Damen-Badeschuhe, Größe 36-42 . . . . . 1 35

ca. 1000 Paar Damen-Leinenschuhe weiß, mod. Form., gute Ledersohl, 36-41 2.95

ca. 2000 Paar Affenhautschuhe (Wildleder imit.) in grau, braun u. schwarz gute Ledersohlen, gutes Fabrikat Serie II 3.90 . . . . . Serie III 2 95

**Für Herren:**

Spangen- und Schnürschuhe teils Lack u. braun Größe 35-40 . . . . . 4 90

Braune Chev.-Schnürschuhe teils Spange . . . . . 5 90

Orig.-Goodyear-Welt braun u. schwarz Boxkalf u. R.-Chovreaux, Gr. 35-38 . . . . . 7 90

Braun u. schw. Spangenschuhe, teils farbig Besatz L. XV. u. amerik. Abs. . . . . 7 90

Wf. Lackspangenschuhe echt L. XV.-Absatz, 36-41 . . . . . 9 90

**Für Kinder:**

Kräftiger Arbeitstiefel Mittelgroßen . . . . . 5 50

Herrnstiefel Rindbox u. kräftiges Spaltleder . . . . . 6 50

Braune u. schwarze Stiefel teils Rand weiß gedoppelt . . . . . 8 90

Halbschuhe braun und schwarz teils m. mod. Einsteckteils Origin. Goodyear Welt . . . . . 9 90

Großer Posten Einzelpaare in Lack, braun und schwarz, Spange und Schnur . . . . . 2 90 4 90 2 90

**Babyschuhe** Leder od. Stoff, teils ungleich 55, 95 25 Pf.

Div. Lederstiefel kl. Num. groß. Num. bis 33 2.90 3.90 1 95

Sandalen br. Rindled., gutes Material u. Fabr. f. Dam. 4, 7, 5 für Kinder 2.85 2.95 3.95 1 95

Turnschuhe mit u. ohne Gummisohlen in großer Auswahl billig

Der gewaltige Andrang in unseren Geschäften beweist am besten, wie leistungsfähig wir sind.

Wir haben neue Warenposten abermals herabgesetzt und die Läger aufgefüllt.